Abkürzungsverzeichnis	17
Einleitung	19
1. Teil : Anwendbarkeit des Art. 53 a) EPÜ	25
A. Das Meinungsbild	25
B. Stellungnahme: Muß Art. 53 a) EPÜ geprüft werden?	29
2. Teil: Auslegung des Art. 53 a) EPÜ	30
A. Allgemeine Probleme bei der Auslegung des EPÜ	30
I. Einleitung	30
II. Auslegungshilfen des „Wiener Übereinkommen über das Recht der Verträge“	31
III. Auslegungshilfen aus dem EPÜ	32
1. Die Präambel	32
2. Art. 177 EPÜ	33
B. Die systematische Stellung des Art. 53 a) EPÜ und seine Entstehungsgeschichte	33
I. Systematische Stellung des Art. 53 a) EPÜ	33
1. Systematische Stellung innerhalb des Art. 53 EPÜ	33
2. Systematische Stellung des Art. 53 a) innerhalb des EPÜ	34
a) Verhältnis zu Art. 52 I und II EPÜ	34
b) Verhältnis zu Art. 52 IV EPÜ	35
3. Kontext zu vergleichbaren Bestimmungen internationaler Übereinkommen	36
a) Regel 34 I a, II der Ausführungsordnung zum EPÜ	36
b) Art. 4 quater der Pariser Verbandsübereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums	37
c) Wertung	38
II. Die Entstehungsgeschichte des Art. 53 a) EPÜ: der Prozeß der europäischen Patentrechtsvereinheitlichung	38
1. Entwicklung im Rahmen des Europarates bis zu Art. 2 Straßburger Patentübereinkommen	39
a) Einleitung	39
b) Die Entwicklungsgeschichte des Art. 2 des Straßburger Übereinkommens	40

c)	Die Bedeutung der Entstehungsgeschichte für die Bewertung des Art. 53 a) EPÜ	43
2.	Entwicklung im Rahmen der Europäischen Gemeinschaften bis zur Entstehung des Art. 53 EPÜ	44
a)	Die „Haertel-Studie“	44
b)	Der Entwurf eines „Abkommen über ein europäisches Patentrecht“ von 1962	46
c)	Die Entwürfe von 1970 und 1971	47
d)	Die Münchner Diplomatische Konferenz von 1973	48
e)	Bedeutung der Entstehungsgeschichte des Art. 53 a) EPÜ für eine Beurteilung der Bestimmung	48
C.	Die Bedeutung der Begriffe „öffentliche Ordnung“ und „gute Sitten“ in Art. 53 a) EPÜ	50
I.	Einleitung	50
II.	Die Begriffe der öffentlichen Ordnung und der guten Sitten im Spiegel der europäischen Patentrechtsliteratur	51
1.	Definitionen der „öffentlichen Ordnung“	51
2.	Definitionen der „guten Sitten“	52
III.	Die Richtlinien für die Prüfung im Europäischen Patentamt	53
1.	Anwendbarkeit und Rechtsqualität der Richtlinien	53
2.	Auslegung des Art. 53 a) EPÜ	54
IV.	Die europäische Dimension der Begriffe	55
1.	Einleitung: Die Problematik der Auslegung multilateraler Rechtsquellen	55
2.	Die Richtlinie der Europäischen Union „über den rechtlichen Schutz biotechnologischer Erfindungen“	58
a)	Einleitung	58
b)	Verhältnis der Richtlinie zum EPÜ	59
c)	Entwicklungsgeschichte der Richtlinie	60
i)	Tendenzen der Entwicklung einer europäischen Biotechnologiepolitik	60
ii)	Ein erster konkreter Richtlinienvorschlag	61
(a)	Erwägungen, die die Entwicklung des Richtlinienentwurfes beeinflussen	61
(b)	Wie war es zu dieser Initiative gekommen?	61
(c)	Regelungsinhalte des ersten Entwurfs	62

iii)	Die weitere Entwicklung des Richtlinienentwurfes	63
	(a) Die Stellungnahme des Wirtschafts- und Sozialausschusses	63
	(b) Die legislative Entschließung des Parlamentes	64
	(c) Der geänderte Vorschlag der Kommission	66
	(d) Der vom Rat festgelegte gemeinsame Standpunkt vom 7. Februar 1994	68
	(e) Die vom Parlament vorgeschlagenen Änderungen	70
	(f) Der vom Vermittlungsausschuß gebilligte Entwurf	71
iv)	Das Scheitern des Richtlinienentwurfes am 1. März 1995	74
	(a) Die möglichen Gründe für das Scheitern des Entwurfes	74
	(b) Die Auswirkungen des Scheiterns	75
v)	Der neue Vorschlag vom 13. Dezember 1995	76
	(a) Das Meinungsbild in bezug auf die neue Initiative	76
	(b) Begründung der Kommission für einen erneuten Vorschlag	78
	(c) Änderungen gegenüber den Vorentwürfen	79
	(i) Bestimmungen betreffend die Patentierbarkeit des menschlichen Körpers bzw. seiner Teile	79
	(ii) Bestimmungen bezüglich der „öffentlichen Ordnung/guten Sitten- Klausel“	81
	(iii) Unklarheiten des neuen Vorschlages	81
	(d) Reaktionen auf den neuen Vorschlag	82
vi)	Die weitere Entwicklung des Vorschlags bis zum Erlaß der Richtlinie	82
	(a) Die Änderungsanträge des Parlamentes	83
	(i) Bestimmungen betreffend die Patentierbarkeit des menschlichen Körpers bzw. seiner Teile	83
	(ii) Bestimmungen bezüglich der „öffentlichen Ordnung/guten Sitten-Klausel“	84
	(b) Die endgültige Fassung der Richtlinie	85
d)	Beurteilung der Entwicklung	87
3.	Die Bedeutung des Gemeinschaftspatentübereinkommens für eine Beurteilung des Art. 53 a) EPÜ	89
4.	Die Europäische Menschenrechtskonvention (EMRK) vom 9.12.1950	90

5.	Die „Bioethik-Konvention“ des Europarates	91
V.	Vergleichbare Bestimmungen und Konkretisierungen internationaler Konventionen	93
1.	TRIPs (Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte des geistigen Eigentums)	93
a)	Einleitung	93
b)	Ein Vergleich des Art. 27 II TRIPs und Art. 53 a) EPÜ	94
i)	Vergleich der Wortlaute	94
ii)	Vergleich der systematischen Stellungen	96
iii)	Die Auswirkungen von TRIPs auf das EPÜ	96
2.	Das Projekt der WIPO zur Harmonisierung des Patentrechtes im Rahmen eines Vertrages zur Ergänzung der Pariser Verbandübereinkunft	97
3.	Das Übereinkommen über die biologische Vielfalt: die Konvention von Rio	99
a)	Die relevanten Bestimmungen der Konvention	100
b)	Analyse der Bestimmungen, die Patente direkt betreffen	101
c)	Auswirkungen der Konvention auf das EPÜ	101
4.	Der Patent Cooperation Treaty	102
VI.	Die nationale Dimension	103
1.	Einleitung: Die Art. 53 a) EPÜ entsprechenden Ausnahmebestimmungen in den Patentgesetzen der EPÜ Mitgliedstaaten	103
2.	Die Begriffe der öffentlichen Ordnung und der guten Sitten im deutschen Patentgesetz	106
a)	Die Entwicklung des § 2 Nr. 1 PatG	106
b)	Der Begriff der „öffentlichen Ordnung“ im deutschen Patentgesetz	106
c)	Der Begriff der „guten Sitten“ im deutschen Patentgesetz	109
d)	Konkretisierung der Begriffe der öffentlichen Ordnung und der guten Sitten durch die Übertragung der im Sachenrecht für die Einordnung des menschlichen Körpers und seiner Teile geltenden Vorgaben auf das Patentrecht?	110
i)	Einordnung des lebenden menschlichen Körpers als solchem	111
ii)	Einordnung der vom Körper getrennten oder ungetrennten Körperteile	112

(a)	Die dem Eingreifen des Sachenrechtes gesetzten Grenzen	112
(b)	Gene als Teil des menschlichen Körpers	115
3.	Das französische Gesetz „relative au respect du corps humain“	116
VII.	Die Beurteilung des Art. 53 a) EPÜ in den Entscheidungen des EPA	121
1.	Das „Krebsmaus-Verfahren“	121
a)	Sachverhalt und Verfahrensgang	122
b)	Anwendbarkeit des Art. 53 a) EPÜ	123
c)	Beurteilung der Entwicklung	124
2.	Die „Relaxin-Entscheidung“	124
a)	Sachverhalt und Verfahrensgang	125
b)	Die von den Einsprechenden vorgebrachten Einwände	125
c)	Allgemeine Beurteilung des Art. 53 a) EPÜ	127
d)	Liegt ein Verstoß gegen Art. 53 a) EPÜ vor?	127
i)	Vorwurf der Sittenwidrigkeit durch Ausnutzung der Schwangerschaft	127
ii)	Vorwurf eines Verstoßes gegen die Menschenwürde	128
iii)	Vorwurf der Patentierung „menschlichen Lebens“	129
iv)	Vorwurf der Sittenwidrigkeit der Patentierung menschlicher Gene	129
v)	Vorwurf der fehlenden Einwilligung	130
vi)	Bewertung der Entscheidung	131
3.	Die „Plant Genetic Systems“-Entscheidung	131
a)	Sachverhalt und Verfahrensgang	131
b)	Generelle Anwendbarkeit des Art. 53 a) EPÜ und die Rolle der Patentämter	132
c)	Der Versuch einer abstrakten Definition der Begriffe der öffentlichen Ordnung und der guten Sitten	132
d)	Der Versuch einer Konkretisierung der Begriffe der öffentlichen Ordnung und der guten Sitten	133
i)	Konkretisierung durch eine Abwägung von Vor- und Nachteilen	133
ii)	Die Beurteilung der Bedeutung von Meinungsumfragen	134
iii)	Das genetische Material von Pflanzen als Erbe der Menschheit	135

iv)	Verstoß gegen die öffentliche Ordnung durch mögliche Umweltgefährdung	135
e)	Die für die Beurteilung relevante Rechtsordnung	135
f)	Bewertung der Entscheidung	136
4.	Beurteilung der Entwicklung der Rechtsprechung	137
D.	Die Bedeutung der Begriffe „Veröffentlichung und Verwertung“	137
1.	Der Begriff der „Verwertung“	138
a)	Der Wortlaut, die systematische Stellung des Begriffes der „Verwertung“ und seine Entstehungsgeschichte	138
b)	Die Auslegung des Begriffes in Literatur und Rechtsprechung	139
c)	Einbeziehung des Entstehungsprozesses einer Erfindung in eine Prüfung nach Art. 53 a) EPÜ?	141
d)	Kann ein Verstoß gegen die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten durch die mit einer Patentanmeldung verbundene Kommerzialisierungsabsicht oder die Ausübung eines Ausschließlichkeitsrechtes vorliegen?	142
e)	Zusammenfassung	143
2.	Der Begriff der Veröffentlichung in Art. 53 a) EPÜ	143
3.	Die Bedeutung des 2. Halbsatzes des Art. 53 a) EPÜ	145
a)	Die Zulassung der Verwertung einer Erfindung durch nationale Gesetze und Verwaltungsvorschriften	147
b)	Die Bedeutung des 2. Halbsatzes für eine nationale Regelung, welche die öffentliche Ordnung oder die guten Sitten ausdrücklich konkretisiert	147
c)	Die Bedeutung des 2. Halbsatzes für Regelungen der Europäischen Union	148
d)	Der Begriff der „Verwertung“ im 2. Halbsatz	149
e)	Wertung	150
3. Teil:	Die Bedeutung des Art. 53 a) EPÜ für die Beurteilung von Patentansprüchen, die sich auf Gene oder DNA- Sequenzen humanen Ursprungs beziehen	151
A.	Einleitung	151
I.	Gegenstand der beanspruchten Erfindung und Patentkategorien	151
II.	Die biologischen Grundlagen	151
1.	Der Begriff der Gene	151
2.	Die DNA	152
3.	Die Entstehung eines Proteins	152

4. Die cDNA	153
5. Gibt es spezifisch „menschliche“ Gene?	153
B. Patentansprüche, die sich auf humane Gene und DNA-Sequenzen beziehen und Art. 53 a) EPÜ	155
I. Einleitung	155
II. Ansprüche auf DNA-Sequenzen mit unbekannter Funktion	156
1. Die Patentanmeldung der „National Institutes of Health“ und Craig Venters in den USA und das „Human Genome Project“	156
2. Die internationalen Reaktionen	158
3. Verstoß gegen Art. 53 a) EPÜ?	161
III. Patentansprüche, die sich auf Gene oder DNA-Sequenzen mit bekannter Funktion beziehen	163
1. Das Meinungsbild	164
2. Abwägung der Nutzen der Erfindung gegen deren Risiken	168
3. Die Einbeziehung des Entstehungsprozesses einer Erfindung in eine Beurteilung von Patentansprüchen, die sich auf humane Gene und DNA-Sequenzen beziehen	170
4. Verletzung der personalen Identität?	171
5. „Patentierung menschlichen Lebens“?	174
Ergebnis	178
Literaturverzeichnis	183